

Überblick Bleiberecht

Stand: 12/2025

Bei Duldung oder abgelehntem Asylantrag stellt sich immer wieder die Frage, ob es Wege aus der Ausreisepflicht gibt. Diese Handreichung soll einen Überblick über wesentliche Möglichkeiten und deren Anforderungen geben.

Falls Ihr Asylantrag abgelehnt wurde und Sie selbst eine Duldung oder nicht mal eine Duldung haben, empfiehlt es sich in jedem Fall, zu einer Beratungsstelle in Ihrer Nähe zu gehen. Eine Übersicht, über Beratungsstellen vor Ort in Rheinland-Pfalz finden Sie unter fluechtlingsrat-rlp.de/adressbuch/maprlp.

Diese Handreichung ist nur ein Auszug rechtlicher Möglichkeiten; sie gibt einen Überblick über alternative Aufenthaltsverfestigungen bzw. Wege aus der Duldung. In manchen Fällen können aber auch ganz andere Wege, wie z.B. eine Klage gegen die Ablehnung oder ein Asylfolgeantrag, sinnvoll sein. Fachkräfteeinwanderung oder ein Spurwechsel kann in manchen Fällen auch möglich sein, konnte in dieser Handreichung aber nicht berücksichtigt werden. Dafür, sowie für ein Härtefallverfahren, sind die Voraussetzungen aber in der Regel sehr hoch.

Hinweis: Das Aufenthaltsrecht und seine Rechtsprechung sind nicht in Stein gemeißelt und ändern sich regelmäßig. Dementsprechend ist nicht auszuschließen, dass Teile der Gesetze oder entsprechende Hinweise bei fortlaufender Zeit nicht mehr aktuell oder richtig sind. Aktuelle Infos aus Rheinland-Pfalz finden Sie beispielsweise auf fluechtlingsrat-rlp.de oder ini-migration.org.

Vollständigkeit der Informationen kann im Rahmen dieser Handreichung nicht garantiert werden. Außerdem findet sich in den Darstellungen unsere Rechtsauffassung wieder, diese kann sich von anderen Rechtsauffassungen unterscheiden.

Inhalt:

1. **Duldung**
2. **Aufenthaltssicherung über Ausbildung oder Job**
3. **Rückblick: Chancen-Aufenthaltsrecht**
4. **Bleiberecht durch nachhaltige Integration**
5. **Humanitäres Bleiberecht bei Unmöglichkeit der Ausreise**

1. Duldung

§ 60a AufenthG: Vorrübergehende Aussetzung der Abschiebung

Für die meisten alternativen Aufenthaltssicherungen ist eine vorangehende Duldung nötig. Während der Erarbeitung dieser Handreichung ist es immer häufiger der Fall, dass Personen keine Duldung mehr ausgestellt bekommen. Diese Entwicklung inklusive ihrer Möglichkeiten und Grenzen muss weiter beobachtet werden.

Es gibt gesetzlich geregelte Bedingungen, unter denen eine Duldung erteilt werden kann oder muss:

Eine Duldung nach § 60a AufenthG ist einer Person zu erteilen, wenn:

- Die Abschiebung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist und keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann
- Ihre vorübergehende Anwesenheit im Bundesgebiet für ein Strafverfahren wegen eines Verbrechens von der Staatsanwaltschaft oder dem Strafgericht für sachgerecht erachtet wird, weil ohne ihre Angaben die Erforschung des Sachverhalts erschwert wäre

Außerdem kann eine Duldung erteilt werden, wenn:

- dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder
- erhebliche öffentliche Interessen eine vorübergehende weitere Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern

§ 60b AufenthG: Duldung für Personen mit ungeklärter Identität

Einer vollziehbar ausreisepflichtigen Person *soll* eine Duldung nach § 60b AufenthG erteilt werden, wenn die Abschiebung aus von ihr selbst zu vertretenden Gründen nicht vollzogen werden kann, weil sie das Abschiebungshindernis durch eigene Täuschung über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit oder durch eigene falsche Angaben selbst herbeiführt. Gleiches gilt, wenn „zumutbare Handlungen zur Erfüllung der besonderen Passbeschaffungspflicht“ nicht erfüllt werden.

Welche Handlungen zumutbar sind, ist nicht im Detail festgeschrieben. Ratsam ist, möglichst genau zu dokumentieren, welche Bemühungen zur Passbeschaffung unternommen worden sind.

Dabei kann es sehr hilfreich sein, eine speziell hierfür erstellte Vorlage zu verwenden. Ein Beispiel für eine solche Vorlage finden Sie z.B. unter https://www.fluechtlingsrat-thr.de/sites/fluechtlingsrat/files/pdf/Antragshilfen/2019-08_Dokumentation_Mitwirkungspflichten.pdf.

Hinweis:

Wichtig ist aber bei § 60b AufenthG, dass ein Kausalitätserfordernis vorliegt. Damit die sog. „Duldung light“ anstelle einer ‚normalen‘ Duldung erteilt werden kann, muss die Identitätstäuschung bzw. die mangelnde Identitätsklärung (oder unzureichende Bemühung der Passbeschaffung) der Grund dafür sein, dass eine Abschiebung nicht durchführbar ist.

2. Aufenthaltssicherung über Ausbildung oder Job

Ein gängiger Weg aus der Ausreisepflicht ist die Aufenthaltssicherung durch eine Ausbildung. Personen, die vor dem 31.12.2022 eingereist sind, können zudem auch über eine länger bestehende Beschäftigung ihren Aufenthalt sichern.

Ausbildungsduldung (§ 60c AufenthG):

Die klassische Variante hierfür ist die Ausbildungsduldung nach § 60c AufenthG. Durch diese kann man eine über die gesamte Dauer der Ausbildung gültige Ausbildungsduldung erhalten. Hierfür gibt es aber bestimmte Voraussetzungen:

- Sie haben seit mindestens 3 Monaten eine Duldung nach §60a AufenthG ODER Sie haben Ihre Ausbildung bereits während Ihres Asylverfahrens begonnen und möchten Sie nach der Ablehnung Ihres Asylantrags fortsetzen
 - Die Ausbildungsduldung soll auch erteilt werden, wenn Personen seit mindestens 3 Monaten Anspruch auf eine Duldung haben – selbst, wenn diese nicht erteilt wurde
- Sie haben innerhalb der Ihnen vorgeschriebenen Frist (diese beträgt meistens 6 Monate) Ihre Identität geklärt oder einen Beweis für die Unmöglichkeit der Identitätsklärung
 - Auch bei mangelnder Mitwirkung bei der Passbeschaffung besteht laut Erlass vom 10.12.2018 in Rheinland-Pfalz Anspruch auf eine Ausbildungsduldung, solange eine Abschiebung auch aus anderen, von Ihnen unverschuldeten Gründen nicht möglich wäre. In diesem Fall sind Sie aber auch nach Erteilung der Ausbildungsduldung verpflichtet, bei der Passbeschaffung mitzuwirken
 - Laut Erlass vom 17.03.2020 kommt in Rheinland-Pfalz die Ausbildungsduldung (sowie die Beschäftigungsduldung) auch infrage, wenn Antragssteller*innen die erforderlichen und zumutbaren Maßnahmen erst nach Ablauf der Fristen (nach § 60c Abs. 2 Nr. 3) vorgenommen haben
- Es muss sich um einen qualifizierten Ausbildungsberuf handeln. Eine Liste finden Sie auf bibb.de
- Bei Ausbildung mit praktischem Teil benötigen Sie eine Arbeitserlaubnis. Diese kann mit vorliegendem Vertrag bei der Arbeitsagentur beantragt werden
 - Für eine schulische Ausbildung (beispielsweise zum*r Erzieher*in) benötigen Sie keine Arbeitserlaubnis
- Es dürfen keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen bevorstehen. Diese sind konkret:
 - Eine ärztliche Untersuchung zur Feststellung der Reisefähigkeit
 - Ein gestellter Antrag auf freiwillige Ausreise
 - Die Einleitung der Buchung von Transportmitteln für die Abschiebung
 - Vergleichbar konkrete Vorbereitungsmaßnahmen der Abschiebung
 - „es sei denn, es ist von vornherein absehbar, dass diese nicht zum Erfolg führen“
- Personen aus sicheren Herkunftsstaaten nach § 29a AsylG sowie Personen, für die ein anderer EU-Staat zuständig ist, können leider keine Ausbildungsduldung erhalten
- Auch Personen, die wegen Straftaten zu mehr als 50 bzw. 90 Tagessätzen verurteilt wurden, sind von einer Ausbildungsduldung ausgeschlossen

Wichtig:

- Für den Antrag brauchen Sie einen Ausbildungsvertrag. Außerdem müssen Sie die Eintragung bei der Zuständigen Stelle (wie z.B. Handwerkskammer) beantragt haben
- Bei schulischen Ausbildungen wird alternativ eine Bestätigung der Schule benötigt
- Bei Abbruch der Ausbildung muss der Betrieb, bzw. die Schule der Ausländerbehörde innerhalb von 2 Wochen Bescheid geben. In diesem Fall kann einmalig eine Duldung für 6 Monate zur Suche nach einem neuen Ausbildungsplatz erteilt werden
- Wenn die Abschlussprüfung nicht bestanden wird, wird die Ausbildungsduldung bis zur nächsten Prüfung verlängert
- Bei Abschluss der Ausbildung wird die Ausbildungsduldung zur Jobsuche für 6 Monate verlängert. Wenn nach der Ausbildung eine Stelle im erlernten Beruf aufgenommen wird, können Sie eine Aufenthaltserlaubnis für zwei Jahre erhalten

Die Ausbildungsduldung kann bis zu 7 Monate vor Ausbildungsbeginn beantragt und bis zu 6 Monate vor Ausbildungsbeginn erteilt werden.

Hinweis:

Aus unterschiedlichen Gründen kommt es vor, dass Ausländerbehörden auf Anträge auf Ausbildungsduldung nicht reagieren. In vielen Fällen – insbesondere, wenn der Ausbildungsbeginn kurz bevorsteht – ist ein Eilantrag beim zuständigen Verwaltungsgericht mit Verweis auf die Dringlichkeit sinnvoll.

Aufenthaltserlaubnis zur Berufsausbildung für ausreisepflichtige Ausländer (§ 16g AufenthG):

Seit dem 01.03.2024 können ausreisepflichtige Personen auch eine Ausbildungs-Aufenthaltserlaubnis nach § 16g AufenthG beantragen. Zweck und Voraussetzungen sind sehr ähnlich, jedoch bringt die Aufenthaltserlaubnis gegenüber der Ausbildungsduldung Vorteile mit sich.

Abweichende Voraussetzungen zur Ausbildungsduldung nach § 60c AufenthG:

- Der Lebensunterhalt muss gesichert sein, oder eine Berufsausbildungsbeihilfe nach SGB III bezogen
 - Wenn Berufsausbildungsbeihilfe bezogen wird, ist auch darüberhinausgehender Leistungsbezug nicht schädlich
 - Andernfalls gelten folgende Grenzen für die Lebensunterhaltssicherung:
 - Wenn Sie nicht bei Ihren Eltern wohnen: Ein monatliches Nettoeinkommen von mindestens 632€, bzw. 736€, wenn eine weiterführende Aufbauschule besucht wird
 - Wenn Sie bei Ihren Eltern wohnen: ein Einkommen von mindestens 262€, bzw. 474€, wenn eine weiterführende Aufbauschule besucht wird
- Die Bundesagentur für Arbeit muss bestätigen, dass die Ausbildung notwendig ist (weil z.B. ein Engpass im entsprechenden Bereich besteht)
- Die Ausbildungsstelle muss bestätigen, dass Sie dort Ihre Ausbildung machen

Vorteile einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16g AufenthG gegenüber der Ausbildungsduldung:

- Inhaber*innen der Aufenthaltserlaubnis dürfen für bis zu 20 Stunden pro Woche eine weitere Arbeit aufnehmen
- Mit der Aufenthaltserlaubnis sind kurzzeitige Reisen ins Ausland erlaubt
- Anders als bei der Ausbildungsduldung wird der Zeitraum der Aufenthaltserlaubnis für die 5 Jahre Aufenthalt angerechnet, die für eine Niederlassungserlaubnis nötig sind

Wie die Ausbildungsduldung wird die Aufenthaltserlaubnis für die auf dem Vertrag festgehaltene Ausbildungsdauer erteilt und bei Abbruch oder Ausbildungsabschluss jeweils für 6 Monate zur Arbeits- oder Ausbildungssuche verlängert.

Hinweis:

Bei der Aufenthaltserlaubnis zur Berufsausbildung ist das erforderliche Deutsch-Niveau nicht festgelegt. Erwünscht werden Deutschkenntnisse auf B2-Niveau, aber Auszubildende können auch bestätigen, dass die Deutschkenntnisse der auszubildenden Person ausreichen.

Beschäftigungsduldung (§ 60d AufenthG):

Um eine Beschäftigungsduldung erhalten zu können, muss man vor dem 31.12.2022 in Deutschland eingereist sein. Ihr Zweck ist, Personen die schon lange einer Beschäftigung nachgehen, einen sichereren Aufenthalt zu gewähren. Sie wird für 30 Monate ausgestellt und kann in einem anschließenden Bleiberecht nach § 25b AufenthG münden.

Voraussetzungen für die Beschäftigungsduldung:

- Eine seit mindestens 12 Monaten bestehende sozialversicherungspflichtige Arbeit mit mindestens 20 Stunden pro Woche
- Besitz einer Duldung seit mindestens 12 Monaten
- Kein Leistungsbezug innerhalb der letzten 12 Monate
- Deutschkenntnisse auf A2-Niveau
- Vorliegende Ausweispapiere, oder Nachweise, dass zumutbare Bemühungen erbracht wurden
- Falls ein Integrationskurs besucht werden musste, muss dieser erfolgreich abgeschlossen worden sein
- Schulpflichtige Kinder in der Familie müssen tatsächlich die Schule besuchen
- Kein Familienmitglied darf straffällig geworden sein
- Es dürfen keine Beziehungen zu einer terroristischen oder extremistischen Organisation bestehen

Wichtig:

- Die Beschäftigungsduldung ist 30 Monate lang gültig - danach können Sie eine Aufenthaltserlaubnis für „gut integrierte“ Erwachsene beantragen oder versuchen, eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zu bekommen
- Hinweis: Wenn Sie Jugendliche Kinder haben, wäre auch eine Aufenthaltserlaubnis für „gut integrierte“ Jugendliche und Heranwachsende und ihre Angehörigen möglich
- Wenn Sie Ihre betriebliche Ausbildung nach frühestens 18 Monaten abbrechen und stattdessen eine Arbeit aufnehmen, könnte eine Beschäftigungsduldung eine Option

für Sie sein. Dies ist allerdings nur möglich, wenn die für Sie zuständige Ausländerbehörde Ihre vorherige Ausbildung als „Arbeit“ wertet

3. Rückblick: Chancen-Aufenthaltsrecht (§ 104c AufenthG)

Das Chancen-Aufenthaltsrecht kann nur bis zum 31.12.2025 beantragt werden. Es ist eine 18-monatige Aufenthaltserlaubnis für langzeitgeduldete Menschen, die spätestens seit dem 31.10.2017 in Deutschland leben und seit mindestens 5 Jahren ununterbrochen geduldet oder gestattet sind oder bereits eine Aufenthaltserlaubnis haben. Das Chancen-Aufenthaltsrecht soll Menschen einmalig Sicherheit geben, um innerhalb der 18 Monaten die Voraussetzungen für ein Bleiberecht nach § 25a oder § 25b AufenthG zu erreichen. Diese werden im folgenden Kapitel aufgeführt.

Für Inhaber*innen des Chancen-Aufenthaltsrechts ist es ratsam, von Anfang an regelmäßig auf den Stand der Voraussetzungen zu prüfen und zu schauen, was noch fehlt. Eine Checkliste hierfür haben wir unter <https://fluechtlingsrat-rlp.de/wp-content/uploads/2025/04/Checkliste-104c-1.pdf> hochgeladen.

4. Bleiberecht durch nachhaltige Integration

Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen (§ 25a AufenthG)

Für junge Personen mit Chancen-Aufenthaltsrecht oder seit 3 Jahren bestehendem Aufenthalt in Deutschland kommt eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG infrage, wenn:

- Sie mindestens seit 12 Monaten im Besitz einer Duldung sind
- Sie zwischen 14 und 27 Jahre alt sind
- Sie seit 3 Jahren ununterbrochen erlaubt, gestattet oder geduldet in Deutschland leben
- Sie 3 Jahre in Deutschland erfolgreich die Schule besucht haben
 - Erfolgreich kann auch z.B. bedeuten, dass eine Versetzung in Aussicht ist
- Sie sich in die Lebensverhältnisse in Deutschland eingliedern können
 - Davon muss die Ausländerbehörde überzeugt sein
- Sie keine antidemokratischen Ziele verfolgen
- Sie ihre Identität geklärt bzw. alles Mögliche zur Identitätsklärung beigetragen haben
 - Auch hier ist es ratsam, ggf. unter Verwendung einer Vorlage, jeden unternommenen Schritt möglichst genau zu dokumentieren

Wann kann ich §25a AufenthG nicht beantragen?

- Wenn die Aufenthaltsbeendigung durch vorsätzlich falsche Angaben oder Identitätstäuschung verhindert oder verzögert wird
- Wenn eine Verurteilung zu mindestens 50 oder 90 Tagessätzen (bei Straftaten, die nur von „Ausländern“ begangen werden können) vorliegt

Hinweise:

Der Antrag muss vor dem 27. Geburtstag gestellt werden. Ein vorübergehender Bezug von Sozialleistungen ist unproblematisch, solange in Aussicht ist, dass dieser in Zukunft überwunden wird. Die Aufenthaltserlaubnis wird für bis zu 3 Jahre erteilt und, wenn die Voraussetzungen weiterhin bestehen, verlängert. Falls dies der Fall ist, kann perspektivisch auch eine Niederlassungserlaubnis ins Auge gefasst werden.

Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration (§ 25b AufenthG)

Analog zum § 25a AufenthG für Jugendliche und junge Erwachsene, gibt es mit dem § 25b AufenthG eine Aufenthaltsgewährung für Erwachsene, die nicht an Alter gebunden ist. Die Aufenthaltserlaubnis wird ebenfalls für 3 Jahre erteilt und kann bei Bestehen der Voraussetzungen verlängert werden.

Voraussetzungen:

Menschen, die ohne minderjährige Kinder in einem Haushalt leben, müssen:

- Seit 6 Jahren ununterbrochen geduldet, gestattet oder mit Aufenthaltserlaubnis in Deutschland leben
- Sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung (FDGO) bekennen und über Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung & der Lebensverhältnisse in Deutschland verfügen
 - Die FDGO in leichter Sprache finden Sie unter <https://fluechtlingsrat-rlp.de/wp-content/uploads/2024/02/Info-FDGO-leichte-Sprache.docx>
- Über mündliche Deutschkenntnisse auf A2-Niveau verfügen
- Ihren Lebensunterhalt überwiegend sichern
 - Leistungen können also bezogen werden, solange sie nicht mehr als 49% betragen

Menschen, die mit minderjährigen Kindern in einem Haushalt leben, müssen:

- Seit 4 Jahren ununterbrochen geduldet, gestattet oder mit Aufenthaltserlaubnis in Deutschland leben
- Sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung (FDGO) bekennen und über Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung & der Lebensverhältnisse in Deutschland verfügen
 - Die FDGO in leichter Sprache finden Sie unter <https://fluechtlingsrat-rlp.de/wp-content/uploads/2024/02/Info-FDGO-leichte-Sprache.docx>
- Über mündliche Deutschkenntnisse auf A2-Niveau verfügen
- Ihren Lebensunterhalt überwiegend sichern
 - Leistungen können also bezogen werden, solange sie nicht mehr als 49% betragen
- Den Schulbesuch der Kinder im schulpflichtigen Alter nachweisen

Wann kann ich §25a AufenthG nicht beantragen?

- Wenn die Aufenthaltsbeendigung durch vorsätzlich falsche Angaben oder Identitätstäuschung verhindert oder verzögert wurde

- Wenn ein Ausweisungsinteresse im Sinne von §54 Abs.1 oder Abs.2 Nr.1&2 AufenthG besteht

➔ Hinweis: All diese Aufenthaltstitel berechtigen in der Regel nicht zum Familiennachzug!

5. Humanitäres Bleiberecht bei Unmöglichkeit der Ausreise

Bleiberecht bei Unmöglichkeit der Ausreise nach § 25 Abs. 5 AufenthG:

Wenn eine Person ausreisepflichtig ist, die Ausreise aber aus unverschuldeten Gründen nicht möglich ist, kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Dabei gilt:

- Die Aufenthaltserlaubnis darf nur erteilt werden, wenn die Person unverschuldet an der Ausreise gehindert ist
 - Ein Verschulden ist hier insbesondere das Tätigen falscher Angaben, Täuschung der Identität oder Staatsangehörigkeit oder das mangelnde Erfüllen zumutbarer Anforderungen zur Beseitigung der Ausreisehindernisse
 - Auch hier kann eine Vorlage zur Dokumentation der Bemühungen unterstützen

Wenn das der Fall ist, kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn:

- Die Ausreise aus „rechtlichen oder tatsächlichen Gründen“ nicht möglich ist und
- In absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen ist, dass eine Ausreise möglich wird

Wenn all das der Fall ist und die Abschiebung bereits seit mindestens 18 Monaten ausgesetzt ist, soll die Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Für Rückfragen und weitere Informationen:

Diese Handreichung wurde vom Projekt „BuP: Bleiberecht und Perspektiven“ des Flüchtlingsrat RLP e.V. verfasst. Das Projekt hat eine Laufzeit vom 01.01.2023 – 31.12.2025 und wird zu 100% vom Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz gefördert.

Im Zuge des Projektes wurden ausgewählte Kommunen (in Mainz, Koblenz und dem Rhein-Lahn-Kreis) bei der Umsetzung der Bleiberechtsregelungen begleitet, sowie Erfolge und Herausforderungen analysiert und dokumentiert. Das Projekt förderte und unterstützte die Vernetzung und den Austausch der beteiligten Akteur*innen (Ausländerbehörde, Migrationsberatungsstellen, Ehrenamt und Projektleitung). Mit dem Projekt sollte das Thema Bleiberecht für langjährige Geduldete in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht und die Akzeptanz für diese Personengruppe gesteigert werden.

Flüchtlingsrat RLP e.V.

Telefon: 06131 4924734
E-Mail: info@fluechtlingsrat-rlp.de
<https://fluechtlingsrat-rlp.de/>

BuP – Bleiberecht und Perspektiven

Telefon: 06131 4926822
E-Mail: bup@fluechtlingsrat-rlp.de

Gefördert von:

